

istens, Verweigerung der Sozialtagsarbeit aufzunehmen, dann haben sie den Kampf für lange Zeit verloren. Wenn nicht alle deutschen Arbeiter erkennen werden, daß im mitteldeutschen Kampf sich die Klassenfronten aufgerichtet haben, auf der einen Seite die Interessen des ganzen deutschen Proletariats, auf der anderen Seite die Profitinteressen des imperialistischen Trustkapitals, dann geht die deutsche Arbeiterschaft einer Niederlage von außerordentlicher Tragweite entgegen. Das ist die bittere Wahrheit, die die Kommunisten unbedingt vor der Hebe der Bürgerblatereformen der Arbeiterschaft sagen müssen.

Die Politik der Ausperrungen wird zu einem eisernen Belebtheit des Machtmissbrauchs des Trustkapitals in der Hindenburg-Ära. Warum — und diese Frage sollte sich die ganze deutsche Arbeiterschaft vorlegen — gab es in den 10 Jahren des Bestandes der Sowjetunion keine Ausperrung irgendeiner Arbeiterklasse? Warum vermögen die Kapitalisten gerade unter der Herrschaft der freien Demokratie, des Parlamentarismus und des gleichen Wahlrechts für Ausbeuter und Ausgebeutete die Arbeiter auf die Straße zu werfen, wenn es ihnen beliebt? Und die Antwort auf diese Frage muß sich jeder deutsche Arbeiter einprägen, der den bevorstehenden Kampf zum Schaden seiner Klasse führen will: weil in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats herrscht, die gesamte Industrie in den Händen des proletarischen Staates ist, deshalb gibt es keine Ausperrung der Arbeiter. Und weil in Deutschland die Diktatur des Trustkapitals herrscht, für die die bürgerliche Demokratie mit ihrem gleichen Wahlrecht nur ein Mittel zur geistigen Ehrlichkeit und Versklavung der Massen ist, deshalb folgt in Deutschland Ausperrung auf Ausperrung. In diesem Kampf müssen die deutschen Arbeiter mit den roten Fahnen des Sozialismus, den Löhnen der Enteignung der Kapitalisten durch die Erhebung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Macht ziehen!

In den Kampf um Lohn und Brod unter den Bedingungen des Sozialismus! Gegen die Diktatur der Truste, den Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Reformen für die Abförderung des Streiks

Anlässlich des provokatorischen Ausperrungsbeschlusses der Metallindustrie hat heute der Vorstand des DMV den Verbundskampf nach Stuttgart für eine Sitzung einberufen. Die DS-Korrespondenz bemerkt dazu:

Zwischenzeitlich dürfte jedoch, wie wir erfahren, beim Reichsarbeitsminister verlustig werden, den Konflikt rechtzeitig aus der Welt zu schaffen. Vermöglich sind die Verhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie letzten Sonnabend in Magdeburg auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da ein Antrag auf Einziehung des neuen Schiedsverfahrens weder von Arbeitgeber, noch von Arbeitnehmerseite beim Reichsarbeitsminister eingegangen ist. Das Reichsarbeitsministerium kann jedoch von sich aus sofort ein neues Schlichtungsverfahren einleiten und einen neuen Schlichter bestellen. Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer würden, wie wir hören, zu den neuen Verhandlungen bestreiter entsenden, womit natürlich nicht gehört ist, daß ein neuer Schiedsgericht aus von beiden Parteien angenommen würde.

Diese Wiedlung, die sich die DS-Korrespondenz zweifellos nicht aus den Fingern gelesen hat, zeigt deutlich, wohin der DMV-Vorstand die Arbeiterschaft führen will. Ja diesen Sinn der Fuhrenden, die jede Vorbereitung zu erneuten, entlasteten Abwehrmaßnahmen des DMV und darüber hinaus des ADGB vermissen lassen, äußert sich auch der heutige Morgen-Borwärts, der nach wie vor durch Spötterien gegenüber dem Ausperrungsbeschluß die Arbeiterschaft über den Ernst der Lage zu täuschen versucht.

Der politische Leichnam Trotzki das Ausängeschütt der gelben Internationale

J. B. Bei der 2. Internationale besteht eine Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Gruppen und die Broudere, die an der Spitze dieser Kommission stehen, haben sich mit einem neuen Brief an den Vorstand des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion, Genosse Kalinin, gewendet, den der Borwärts mit der fettgedruckten Überschrift: "Wie unter dem Tschakismus" versehen brachte. Der Borwärts macht eine Meldung über ein neues Auftreten der gelben Internationale zu den politischen Verfolgungen in Sowjetrußland. Dabei handelt es sich diesmal nicht um die Erschießung von Monarchisten und Weißgardisten, nicht um Verhaftungen unter Menschewiki und Sozialrevolutionären. Das sozialdemokratische Geldrei in solchen Fällen ist schon längst zu einer gewohnten und sogar selbstverständlichen Sache geworden. Nein, jetzt vergießen diese gelben "Sozialisten" Krofdolitären über einen anderen Palast. Sie halten es, wie sich erwahnt, für ihre "demokratische Pflicht", zum Schutz Trotzki's, zum Schutz der verschiedensten Oppositionellen aufzutreten.

Den politischen Leichnam der Opposition in der RPD haben die Verbreiter von der Zweiten Internationale als Ausängeschütt und Lösung in der neuen Hochkampagne gegen die Sowjetunion auszunutzen dachten. Bei der Hebe, die dem Wesen noch nichts anderes ist als die ideologische Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen den ersten proletarischen Staat.

Die Verfolgung ihrer Parteiopposition und insbesondere der "Trotzki", jüngsten Gruppen und de Broudere, wird zum Schulspiel für ihr System, das leinerte Meinungsfreiheit duldet, das alles unterordnet dem Diktat ihrer abolutistischen Regierung.

Trotzki und die Broudere fordern Aktionsfreiheit für Trotzki. In wessen Interesse fordern sie dies? Was bedeutet die Tatsache, daß in dieser Frage die Einheitsfront Massow-Korsch-Trotzki gegen die Kommunisten, gegen das revolutionäre Proletariat der Sowjetunion zu einer ganz offenkundeten Täuschung geworden ist? Was bezugt das Geheul, das die ganze bürgerliche Presse zusammen mit allen ihren sozialdemokratischen und "ultralinken" Nachahmern aus Anlaß der letzten Verhörendungen angestimmt hat? Kein einziger bewußter Arbeiter wird glauben, daß all dies um den schönen Augen Trotzki willen geschieht. Jeder bewußte Arbeiter wird begreifen, daß die Tatsache, daß die Verhörenden Trotzki die Zusammenstellung eines bürgerlich-sozialdemokratischen Bloks herbeigeführt hat, bedeutet, daß gerade dieser Block, gerade die Broudere, gerade die Opportunisten und Vertrüger durch diese Verhörenden vor allem und am meisten profitieren.

Trotzki und die Broudere erklären, es könnten die gegen Trotzki getroffenen Maßnahmen nicht damit begründet werden, daß er ein Konterrevolutionär sei. Aber nicht Gruppen und nicht die Broudere, nicht die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, nicht die Verbreiter an der deutschen Revolution von 1918, die sie bereits zehn Jahre lang weiter verraten, nicht die Freunde von Karl Rennert, der offen auf die Seite der Hinter der Wiener Arbeiter getreten ist, nicht die Kumpane von Mac Donald, der im Jahre 1926 die Bergarbeiter von Großbritannien den Kohlenbaronen ausgetrieben hat und dessen Bild von den indischen Nationalisten zusammen mit den Bildern Baldwin und Birkenhead als Sinnbild kolonialer Ausplunderung und Unterdrückung verbrannt wird, sind dazu befugt, darüber zu urteilen, wer ein Konterrevolutionär ist und wer nicht. Darüber können nur jene urteilen, die gegen die Konterrevolution kämpfen, nur jene, die sie überwinden, nur jene, gegen die sie auftreten, nur jene, die von ihr besiegt werden. Darüber können nur urteilen das revolutionäre Proletariat und seine kommunistische Vorhut, gegen die jetzt alle Kräfte der Weltreaktion von den britischen Konterrevolutionen bis zur deutschen Sozialdemokratie und bis zur Massow'schen "Ultrademokratie", von Chamberlain bis Cri-

Zreibt den Bürgerblock auseinander!

Die SPD-Mietungssaktion für das Trustkapital

Der Konflikt im Lager der Regierungskoalition des Bürgerblocks hat sich außerordentlich zugespielt. Nach der Forderung der offiziellen Berliner Zentrumspartei, der Germania, auf den Rücktritt des "verschwörungsträchtigen" Minister des Volkspartei, die gleichzeitig die Richtlinien der Koalition durchbrochen hätten, antwortete gestern der sozialparteiliche Reichsausschuß mit einer strikten Ablehnung der Forderung und mit einer entschiedenen Erklärung für die Ablehnung der Zentrumsvorläufe in der Frage des Schulgesetzes. Gestern Abend fand die Interstaatliche Ausschüttung statt, die die Aufgabe hatte, zur Schulgelehrtenfrage einen Kompromiß zu finden. Gestern Abend-Germania erklärt, diese Verhandlungen könnten sofort erledigt sein, wenn der Führer der Volkspartei, Scholz, dort seine vorgestrige Stellungnahme einfach wiederhole.

Dennoch muß der besonders wieder in der linksrepublikanischen Presse aufgemachte Krisenalarm ernsthaft augegriffen werden. Die Tägliche Rundschau, das Organ der Volkspartei, weist beispielhaft auf, daß das Zentrum im interstaatlichen Ausschluß die Forderung auf den Rücktritt der Volkspartei aus der Koalition nicht mehr erheben werde. Sie unterstreicht ferner, daß das Zentrum fernerweis auf dem Standpunkt entsteht, eine neue Koalition oder Neuwahlen stünde. Ebenso berichtet der Total-Anzeiger, daß noch allein Verständigungsmöglichkeiten bestehen, er zitiert die Stellungnahme des Zentrumspräsidenten Schöler, der sich für eine Verständigung ausspricht, und lädt durchzählen, daß vielleicht das Schulgesetz ohne zweite Sitzung im Ausschluß direkt ins Plenum kommen würde, wo gewisse Ausnahmen auf Annahme beständen. Der Total-Anzeiger unterstreicht ferner, daß Hindenburg auf seinem Standpunkt beharrte.

Die Lage ist dadurch außerordentlich kompliziert, daß mittlerweise der Ausperrungsbeschluß der Metallindustrie erfolgt ist. Dieser Beschluß bedeutet zweifellos eine Unterstützung der Hindenburg-Gruppe. Er setzt das Ministerium Brauns unter Druck. Durch dieses Eingreifen entscheidender Teile der Schwerindustrie wird die Haltung des Hindenburg-Flügels verschärft.

Für die Arbeiter kann das nur ein Anlaß mehr sein, um so leidenschaftlich die Kampffront gegen die ganze Bürgerblatereform zu bilden, die zur Austreibung ihrer fraktionellen Differenzen auf dem Rücken Millionen von Werktagen ihren ganzen Apparat in Bewegung setzt, nur ein Grund mehr des energischen Kampfes um die Befreiung dieses Reichstags des Trustkapitals, ganz gleichgültig, in welcher Art es den Vertretern der reaktionären Parteien gelingt, ihre Klienteljung zu finden, ein Grund mehr zur energischsten Ausbildung der proletarischen Einheitsfront gegen die Unternehmensbossen und die mit ihr verbundene politische Offensive unter der Führung des reaktionären Flügels des Trustkapitals.

Unbeschreiblich ist in dieser Situation die Haltung der Sozialdemokratischen Partei. Der Borwärts, der seit Monaten die Arbeiter mit Krisengerüchten über die unmittelbar bevorstehende Auflösung des Reichstages, über abgrundtiefe Differenzen in der Bürgerblatkoalition bombardiert, findet im gegenwärtigen Augenblick keine wichtige Aufgabe, als laut und eindringlich zu beteuern, die Sozialdemokratie habe die Bürgerblatereform nicht gewollt! Gerade jetzt, wo es alle Anstrengungen der Bürgerblatereform unter Führung von Kochel und Hindenburg bedürfen wird, um die aus Wahlgründen auseinanderstrebende Koalition im Interesse des rechten Flügels des Bürgerblodes zu leimen, sammelt der Borwärts:

"Wird also der Bürgerblock auseinanderlaufen, ohne seine Arbeitsergebnisse ausreichend zu haben?"

Die Opposition war im sozialen Interesse bereit, ihm das Zepter zu lassen. Läßt er jetzt auseinander, so zeigt es damit keinen Wahlerfolg mehr. Die Opposition war bereit, mit den Neuwahlen zu warten, bis der herrende Bürgerblock notdürftig bestellt hätte. Jetzt ist er sich aber jetzt dazu unsicher, dann darf keinen Augenblick mehr mit dem Aufräumen gewartet werden. Die Frage kann nur noch sein, wann ausgelöst wird, erst nach Verabschiebung des Gesetzes Ende März, oder jetzt gleich?

Diese den Gipfelpunkt der Selbstkastrierung erreichende Stellungnahme mit der Befreiung, "wir haben es nicht gewollt", kann wieder nur bedeuten, daß die Sozialdemokratie auch jetzt noch nicht ernstlich auch nur die Auflösung des Reichstages bestreben will. Sie fürchtet, daß ein aktives Auftreten einer Gewalt oder Beamtenregierung zur Folge haben könnte und heißt von ihrer diplomatischen Zurückhaltung, daß die Gewaltfälle im Bürgerblock durch die leichtere zur Auflösung freien würden. Das nennt die Sozialdemokratische Partei Klassenspolitik gegen die Trustkapitalistische Bande, die mit den wirtschaftigen Missionen in Deutschland ihr Spiel treibt.

Gleichgültig wie die Krise gelöst wird und insbesondere, was daraus möglich erscheint, wenn der Hindenburg-Block die Oberhand gewinnt, und die vorzeitige Reichstagsauflösung noch einmal verhindert, so kann das nur bedeuten, daß die Arbeiter, die jetzt erkannt haben, wie moribund im Grunde die Bürgerblatereform ist, ihre Kräfte dafür einsetzen, um den Bürgerblock und seine Sozialdemokratie zu Paaren zu treiben.

Braun begnadigt die Teme-mörder

Der Borwärts findet vollständige Freilassung an

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die wegen der Ermordung des Kaufmanns Wilms angesuchten Todesstrafen für die Verurteilten Kappel und Klapprath und Oberleutnant Schulz in lebenslängliche Zuchthausstrafe zu vermonden. Die Strafe Umhöfers wurde in 15jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Nach dieser erfolgten Begnadigung der sozialistischen Teme-mörder wird ihre völlige Freilassung vorbereitet. So schreibt die Rössische Zeitung: "Die Strafen, zu denen die Teme-mörder jetzt begnadigt sind, bleiben hart und schwer, das Rechtsgefühl verlangt jedoch die Bestrafung. Der späteren Gnade, genau nach dem Gnadenprozeß der bewährten Begnadigungspraxis des Reiches in Preußen, bleibt der Weg offen." Der Borwärts legt sich gleichfalls warm für die Teme-mörder ein, indem er äußert: "Nach der schon seit längerer Zeit geübten preußischen Gnadenpraxis ist damit zu rechnen, daß nach Verhöhung eines Teiles der Zuchthausstrafe geprüft wird, ob eine weitere Ermäßigung der Strafe möglich ist."

Bereitstellung zum Kampf

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die KPD-Bezirksleitung Berlin ruft die gesamte Berliner Arbeiterschaft angehört der drohenden Generalausperrung der Metallarbeiter zu großzügiger Sammelaktion auf die Räume der Internationalen Arbeiterhilfe für die mitteldeutsche Streitenden auf. Einige Betriebe, darunter die Belegschaft der Firma Hobo u. Co., nahmen bereits zur Solidaritätsaktion Stellung, und fordern von der Beiratstafel des DMV energische Kampfmaßnahmen und Aufstellung der Forderungen für einen Metallarbeiterstreik: Achtstundentag und 25 Prozent Lohnzählerung, Durchführung einer großzügigen Massenmobilisation, Abhaltung von öffentlichen Versammlungen und großzügige Werbeaktion für den Eintritt in den DMV. Desgleichen wird der sofortige Zusammentreffen des Bundesausstusses des ADGB verlangt, um die gesamte Arbeiterschaft gegen die Ausperrungspläne der Unternehmer zu mobilisieren. Die Belegschaft wandte sich auch sehr hart gegen die Hebe der DMV-Führer gegenüber der Unterstützungsaktion der KPD in den Parlamenten für die Streitenden.

Die Spätfestigkeit der 3219

Halle, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die in Mitteldeutschland eingeleitete Sammelaktion der JAH ergab bis jetzt über 15 000 Mark. Am Sonntag sammelten proletarische Organisationen von Halle über 3000 Mark, auch in der sozialistischen Hochburg Raumburg wurden 320 Mark gesammelt. Die JAH vertrieb bisher in Halle 2300 Lebensmittelpatente. Auch in Weissenfels und Merseburg wurden Lebensmittelverteilungen durchgeführt.

Eine Reihe von Geschäftleuten, Molkereien, Fleischer und Bäckerei gibt möglichst bestimmte Rationen mit Milch, Fleisch und Brot an die JAH zur Verteilung an die Streitenden.

Durch die Kinderhilfe der JAH wurden bis Mittwoch 120 Kinder Streitender im JAH und Leipzig untergebracht. 200 Bliegsteller stehen noch zur Verfügung. Täglich erhält die JAH Brothe gegen die Hebe der Reformen. Die Ortsgruppe Halle der JAH verzehrte in den letzten Wochen 100 Rationen von Einzelmitgliedern, 5 Telephonen von Metallbetrieben besetzten, corporativ beizutreten.

Auch in der 5. Streitwoche ist die Kampfstimme glänzend. Die Solidaritätsaktion gewinnt täglich neue Freunde. Durch die praktische Solidarität der JAH und das austörende Werk der JAH sind bis jetzt 500 Neuaunahmen in den DMV erfolgt.

30000 tschechische Bergarbeiter streiken

Am 13. Februar früh begann der Streik in den Revieren Brüx, Teplic und Komotau. Es streiken rund 30 000 Bergarbeiter, die Zahl der durch den Streik berührten Familienmitglieder kann auf mindestens 100 000 geschätzt werden. Die Streikleitung rechnet in diesen Revieren mit 6-7000 Unorganisierten, deren Verhalten bei längerer Streitdauer von großer Bedeutung sein kann. Alle einlaufenden Meldungen belegen, daß der Kampf in den obengenannten Revieren auf der ganzen Linie einmütig aufgenommen worden ist und sämtliche Gruben vollkommen still liegen.

Der Inseratenenschwindler verhaftet

Wir berichteten gestern über einen Inseratenenschwindler, der die Inseraten der Arbeiterstimme schädigte. Heute erhalten wir Mitteilung, daß der Kriminalkommissar Dittmann, Oberbath, den Schwinder verhaftete. Es handelt sich um einen Haushalt aus Breslau. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Haushalt 45 Geschäftleute geschädigt.

Wetterdienst für den 14. und 15. Februar. Im allgemeinen Fortbestand des wechselhaften Witterungscharakters der letzten Zeit. Temperatur zunächst noch ansteigend, im Hochland bis auf mehrere Wärmegrade, nur in den höchsten Lagen des Erzgebirges (über 800 Meter) Anhalten der winterlichen Witterung. Winde westlicher Richtungen, etwas an Stärke zunehmend. Wechselfeld bewölkt, Nachlassen der Niederschläge. Im späteren Verlauf Temperaturen wieder etwas zurückgehend.

Generalausperrung!

Alle kommunistischen Metallarbeiter Sonnabend den 18. Februar 1928, 19 Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner Straße

Fraktionsvollversammlung!
Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbuch mitbringen.

Sämtliche Zellengebäude und Betriebsräte der Metallindustrie haben morgen, Mittwoch, um 18 Uhr im Telegrafist, Columnstraße 9, zu einer wichtigen Versammlung unbedingt zu erscheinen.

VÖ.